Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Montag, 19. September 1921

Nummer 438 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutschnationaler Terror

Kritische Situation

Es ist kein Zweifel möglich, daß die politische Situation eine scharfe Zuspitzung erfahren hat. Die Lage in Bayern ist außerordentlich kritisch. Wenn auch Kahr die Annahme der Kabinettsbildung nach den neuesten Nachrichten abgelehnt hat, weil ihm selbst die ganz unannehmbaren Bedingungen, die die Koalitionsparteien der Reichsregierung gestellt haben, noch zu weit gehen, so muß man doch damit rechnen, daß Kahr gar als Staatspräsident mit weitgehenden Befugnissen zurückkommt. Dabei bleibt es noch außerordentlich unsicher, ob er schließlich nicht doch auch der Bayrischen Volkspartei seinen Willen auferlegt. Die „Germania" rechnet jedenfalls damit, und spricht davon, daß der Flügel Dr. Heims, der mit den Deutschnationalen an einem Strange zieht, die Oberhand über die mehr entgegenkommenden Tendenzen von Held und Speck gewonnen hat. Die „Germania" warnt die Bayrische Volkspartei, den Bogen nicht zu überspannen, aber sie selbst scheint die Lage ebenfalls sehr ernst zu beurteilen. Sie schreibt:

„Es ist klar, daß man **im deutschnationalen Lager triumphiert.** Denn dringt in der Bayrischen Volkspartei, die am nächsten Montag ihre Landesversammlung hält, die reaktionäre Welle im vollen Umfang durch, so bedeutet das nichts anderes als eine **Kapitulation vor der deutschnationalen Terrorisierungspolitik,** die zunächst den Sieg dieser zielbewußten Gewaltpolitiker, also die Rückkehr Kahrs, darüber hinaus aber vielleicht sogar die Ablehnung des Kompromisses mit der Reichsregierung im Gefolge haben wird. Es ist unnötig, auf die Folgen eines so heraufbeschworenen **Konfliktes mit dem Reiche** näher einzugehen. Daß er Bayern selbst bis in seine Grundfesten erschüttern würde, kann als sicher gelten. **Der Generalstreik wäre in diesem Fall nicht mehr hintanzuhalten."**

In dieser außerordentlichen kritischen Situation sammelt sich die gesamte Reaktion zum Vorstoß gegen Wirth. An der Spitze steht die preußische Regierung Stegerwald-Dominicus. Mit Recht bezeichnet die demokratische „Berliner Volkszeitung" die Erklärungen Stegerwalds als „einen Vorstoß gegen die Reichspolitik, wie er nicht schärfer gedacht werden kann." Herr Wirth hat mit Deutlichkeit erklärt, daß die Reichsregierung den Münchener Beschluß als Verhandlungsgrundlage nicht anerkennen kann. Der Extratanz Herrn von Kahrs hat dem Gesamtvaterlande Opfer nach außen und innen genug gekostet. Jetzt muß Schluß sein, sonst läuft das Maß über. Dies erkannt zu haben, ist das Verdienst Wirths, und er kann nur auf dem einmal beschrittenen Weg weitergehen, selbst auf die Gefahr hin, auch gegen Stegerwald sich in Kampfstellung begeben zu müssen.

Ebenso wird die Erklärung der preußischen Regierung richtig gekennzeichnet, wenn das Blatt fortfährt:

„Das Unerhörte dieser Erklärung liegt in dem Mißtrauen, das die preußische Staatsregierung wegen der Veröffentlichung des Weismann-Berichtes dem Reichskanzler auszudrücken sich vermißt. Wohin soll das Reich kommen, wenn eine Landesregierung des Reiches obersten Beamten mit Mißtrauensvoten traktiert? Herr Stegerwald versucht hier eine Hilfsaktion zugunsten des engherzigsten Teiles seiner bayrischen Landsleute. Als Preußen und Deutsche erheben wir dagegen schärfsten Einspruch. Der ungewöhnliche Vorgang wird noch seine parlamentarische Folgen haben."

In der Tat müssen wir an die demokratische Partei und ihre Landtagsfraktion die Frage richten, ob sie sich mit diesem reaktionären Vorstoß solidarisiert. Die bayerischen Demokraten haben die Schuld zu tragen, das Mordregiment Kahr-Poehner bis in die letzte Zeit unterstützt zu haben. Die preußischen Demokraten unterstützen die Regierung Stegerwald trotz ihres ausgesprochenen reaktionären arbeiterfeindlichen Kurses. Jetzt hat Stegerwald und das preußische Kabinett, die demokratischen Minister einbegriffen, für Kahr und gegen Wirth, für den monarchistischen Hochverrat gegen die Republik Stellung genommen. Wird die demokratische Partei diese verräterische Politik decken? Die Frage muß beantwortet werden, denn von der demokratischen Partei hängt die Existenz des Ministeriums Stegerwald ab. Sie trägt also die volle Verantwortung.

Es ist beinahe selbstverständlich, daß auch die Deutsche Volkspartei die Situation ausnützt, um ihre Wesensgleichheit mit den Deutschnationalen und ihren Haß gegen die republikanische Reichsregierung zu bekunden. Auf dem Parteitag in Lüdenscheid sprach Sonntag Stresemann. Er wandte sich in schärfster Weise gegen Wirth, dem er parteipolitisch-demagogische Ausnützung der Ermordung Erzbergers vorwarf. Wirth habe als Leiter der Reichsgeschäfte alles getan, um die Leidenschaften aufzustacheln. (!) Er umschmeichele die Massen zur Durchsetzung demagogischer Parteipolitik. Damit hat auch Stresemann für Kahr und Stegerwald gegen Wirth Stellung genommen und hat wieder bewiesen, daß praktisch die Deutsche Volkspartei nur die politischen Geschäfte der Deutschnationalen besorgt. Alle Phrasen über die Notwendigkeit einer „Regierung der Mitte" können darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese Regierung der Mitte nichts anderes wäre, als eine Regierung der Reaktion, ein Uebergang zur reinen Rechtsregierung. Denn die Angriffe gegen Wirth zeigen ja, daß es den Herrschaften vor allem auf die Beseitigung aller Politiker ankommt, die nicht die deutschnationalen Richtlinien der äußeren und inneren Politik einhalten. Wirth ist ihnen genau so verhaßt, wie Erzberger und aus denselben Gründen: weil er die Katastrophenpolitik ablehnt und, wenn auch unzureichende, Besitzsteuern vorschlägt.

So hat sich die gesamte Reaktion zu einem neuen Vorstoß vereint. Sie ermutigt den bayerischen Widerstand, sie setzt alle Hebel an, die Reichsregierung zu beseitigen. Die Entscheidung muß bald fallen. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, ihre Vorbereitungen zu vollenden. Dem Vorstoß der Reaktion muß der Gegenstoß folgen.

Die erdolchte Front

Die „Germania" gegen die Ludendorff-Lügen

Die „Germania" beschäftigt sich in einem Artikel mit den Vorwürfen gegen Erzberger, er sei Schuld an den schlechten Waffenstillstandsbedingungen. Nach einer eingehenden Darlegung des Drängens der obersten Heeresleitung auf sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes und nach der Wiedergabe der wichtigsten Stellen aus der Rede Stresemanns, die wir kürzlich veröffentlicht haben, kommt sie zu folgendem Ergebnis:

„Es liegen demnach so viele einwandfreie Zeugnisse dafür vor, wer den überstürzten Waffenstillstand gefordert hat, daß alle Versuche, die geschichtliche Wahrheit zu verdunkeln, vergebens sind. Nicht die Zusammensetzung der Kommission war das Entscheidende, sondern die unglückliche Wahl des Zeitpunktes und die ebenso unglückliche, von der Heeresleitung veranlaßte Art der Eröffnung der Verhandlungen. Mag sein, daß die militärische Kommission in Spaa der Meinung war, sie hätte die Sacher besser gemacht. Das ist aber lediglich ihre Auffassung. Der Entente imponierte nicht die Zahl der deutschen Vertreter und ihr schneidiges Auftreten, sondern nur die militärische Lage. **Und die war für uns sehr ungünstig.** Es ist ein kindlicher Glaube, daß die militärische Kommission mehr erreicht hätte als Erzberger. Die Entente dachte gar nicht ans Verhandeln, sondern wollte diktieren. Die Herren in Spaa stellten sich aber die Sache anders vor. Für die Oberste Heeresleitung war die ganze Frage eine rein militärsiche. Sie glaubte nach der Art von Heeresbefehlen die Weisung geben zu können: „Der Waffenstillstand ist sofort abzuschließen", um am andern Tage die in strammer Haltung vorgebrachte Meldung entgegenzunehmen: „Befehl ausgeführt". **So geht es zwar im militärischen Leben, aber daß es so in der Politik nicht zu machen ist, wollte und will heute noch nicht in die Köpfe, die nur in militärischen Formeln denken können."**

Das wird aber weder Ludendorff noch seine Lügengenossen veranlassen, von jetzt ab die Wahrheit zu sagen.

Die Geldgeber der Gegenrevolution

Hamburg, 18. September. Das gestrige „Hamburger 8-Uhr-Abendblatt" bringt einen sensationellen Artikel über die verfassungsfeindlichen Organisationen in Schlesien. Nachdem es genauere Einzelheiten über den Aufenthalt von Ehrhardt, Pabst und v. Kessel in Oberschlesien und ihre Beziehungen zum „Freikorps Oberland" angeführt hat, nennt es als Geldgeber für das Freikorps: Graf Franckenberg-Tillowitz 3 Millionen, Graf Praschma 2 Millionen, Gräfin Saurma-Jeltsch-Lorzendorf 2 Millionen, Graf Sierstorpff-Bösdorf 2 Millionen.

Diese Liste ist sicher noch sehr unvollständig. Wir werden auf den Artikel des Hamburger Blattes zurückkommen, wenn er uns im Wortlaut vorliegt.

Zeitungsverbot. Die nationale „Breisgauer Zeitung" in Freiburg i. B. ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom badischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.

Die polnische Regierungskrise. Nach einer Havasmeldung aus Warschau, wurde von den Parteien mit 236 gegen 145 Stimmen der Rektor der Polytechnischen Schule Ponikowski zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Marschall Pilsudski hat darauf Ponikowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Die deutsche Presse im besetzten Gebiet

Ein neuer Beschluß der Rheinlandkommission

Paris, 18. September.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission beschlossen, **die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben.** Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören, ebenso wie die gegen deutsche Behörden gerichteten Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohten.

Wir halten diesen neuesten Beschluß der Rheinlandkommission für sehr falsch. Mit solchen Unterdrückungsmaßnahmen wird nichts erreicht und wirklich bestehende Mißstände werden auch durch Presseverbote nicht aus der Welt geschafft. Wir sind gewiß keine Freunde der nationalistischen Hetze, aber es ist kein Geheimnis, daß auch die Arbeiter- und Angestelltenkreise im besetzten Gebiet mit den Maßnahmen der Besatzungsbehörden keineswegs in allen Punkten einverstanden sind. Das wirksamste Mittel gegen übertriebene Presseangriffe schafft sich die Rheinlandkommission selbst dadurch, indem sie aufs strengste darauf dringt, daß die Besatzungsbehörden im Rahmen ihrer Befugnisse bleiben und jeder unnötige Druck auf die Bevölkerung vermieden wird.

Das Ultimatum an Ungarn

TU. Wien, 19. September.

Wie die Wiener Blätter melden, steht der wiederholt angekündigte Kollektivschritt der Entente in Budapest unmittelbar bevor. Die Gesandten werden dieses Mal bei der ungarischen Regierung nicht als Bevollmächtigte des Botschafterrates, sondern **als Vertreter der gesamten Entente gemeinsam vorsprechen und der Budapester Regierung ein befristetes Ultimatum vorlegen. Die Gesandten werden in kategorischer Form die sofortige Räumung Westungarns verlangen und sehr scharfe Strafmaßnahmen androhen, die unverzüglich in Kraft treten werden, wenn die ungarische Regierung innerhalb der festgesetzten Frist die Forderungen der Entente nicht annimmt.** Eine nicht ausreichende Antwort würde einer Ablehnung gleichkommen und dieselben Folgen nach sich ziehen.

Der Krieg im Orient

Griechische Niederlage

Die Meldungen, die vom Kriegsschauplatz in Kleinasien täglich eintreffen, lassen erkennen, daß die Griechen vor Angora eine Schlappe erlitten haben und zum teilweisen Rückgang an diesem Frontteil gezwungen sind. Das bestätigt unsere mehrfachen Darlegungen über den voraussichtlichen Verlauf des Feldzuges in Kleinasien. Es wird den Griechen kaum gelingen, die Türken entscheidend zu schlagen. Trotz stärkerer Truppenmassen und überlegener technischer Ausrüstung der griechischen Armee gewinnen die Türken immer wieder Vorteile und machen so jeden Erfolg der Griechen wieder wett. Man kann wohl mit einiger Bestimmtheit sagen, daß die Partie, die sich die Griechen und Türken in Kleinasien liefern, unentschieden enden wird. Halten die griechischen Mißerfolge an, so ist mit einer baldigen Intervention der Entente zu rechnen. Denn England wird es kaum dahin kommen lassen, daß Griechenland, das für englische Interessen in Kleinasien kämpft, ganz zu Boden gedrückt wird.

Wir geben nachstehend die wichtigsten Meldungen:

Reuter meldet aus Smyrna: Wegen **Verbindungsschwierigkeiten sind die Griechen genötigt, sich auf das westliche Ufer des Sakaria zurückzuziehen.** Weitere Kampfhandlungen bei Angora sind unwahrscheinlich.

Von der anderen Seite meldet Havas aus Konstantinopel: Ergänzende Nachrichten aus kemalistischer Quelle berichten, **daß die kemalistischen Streitkräfte die Verfolgung des Feindes aufgenommen haben.** Der Gegner wurde gezwungen, sich auf das rechte Ufer des Sakaria zurückzuziehen und eine große Menge Kriegsmaterial und Munition im Stiche zu lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach rückten die Abteilungen des linken griechischen Flügels bis zu den Vorbefestigungen des Ardischberges vor. **Es gelang ihnen, der drohenden Umfassung zu entgehen.**

Frankreich und die Kemalisten

EE. Paris, 19. September.

Der „Times"-Korrespondent in Konstantinopel telegraphiert, daß der frühere französische Abgeordnete und Minister, **Franklin Bouillon,** nach Angora reiste, wo er der nationalistischen Regierung **den Wortlaut des** französisch-kemalistischen Vertrages vorlegen soll. Er wird von drei französischen Offizieren begleitet, die, einem Gerüchte zufolge, mit der Regierung von Angora die Bestimmungen militärischer Abmachungen zwischen Frankreich und den Nationalisten erörtern sollen.

Fürst Eulenburg gestorben

Ein Justizskandal aus Wilhelms Zeit

Am Sonnabend ist auf seinem Schlosse Liebenberg in der Mark Fürst Philipp zu Eulenburg im 75. Lebensjahre gestorben. Mit dem Tode dieses Mannes wird die Erinnerung an einen der schlimmsten Justizskandale wach, die Preußen-Deutschland erlebt hat. Und zugleich bietet sich Gelegenheit, an einem besonderen Falle des persönlichen Regiments, nach dessen Wiederherstellung die Nationalisten drängen, zu gedenken. Eigentlich ist der Eulenburger als Angeklagter aus dem Leben geschieden, denn man hat noch nichts davon gehört, daß das Verfahren, das vor anderthalb Jahrzehnten gegen ihn eingeleitet wurde, beendet worden ist.

Fürst Philipp zu Eulenburg hat zu den besonderen Günstlingen der Wilhelminen gehört. Im Jahre 1894 wurde er Botschafter in Wien, und es fehlte nicht viel, daß er an Stelle von Caprivi zum Reichskanzler avancierte. 1902 setzte er sich auf seinem Schlosse Liebenberg zur Ruhe, dort bildete sich ein Kreis von Freunden, dem auch Wilhelm II. häufig seinen Besuch abstattete. In diesem Kreise ist lange Zeit die Politik bestimmt worden, deren Spuren Wilhelm II. lange Zeit zu folgen hatte. 1907 veröffentlichte Maximilian Harden in der „Zukunft" mehrere Artikel über die Liebenberger Tafelrunde, worin er die Nebenregierung auf Schloß Liebenberg bloßstellte und zugleich Andeutungen über homosexuelle Vorgänge in dem Freundeskreise machte. Harden wurde freigesprochen, weil das Gericht den Wahrheitsbeweis als geglückt erachtete. Fürst Eulenburg beschwor jedoch als Zeuge, daß er keine nach § 175 des Strafgesetzbuches strafbaren Handlungen begangen habe. In einem anderen Prozeß, der in München geführt wurde, bekundeten jedoch einige Zeugen, daß der Fürst mit ihnen unerlaubten Verkehr unterhalten habe. Darauf wurde gegen ihn Anklage wegen Meineids erhoben. Die gerichtliche Verhandlung begann im Juli 1908, sie wurde aber bald wieder abgebrochen, da der Eulenburger wegen schwerer Krankheit angeblich nicht verhandlungsfähig war. Die Verhandlung ist auch niemals wieder aufgenommen worden, trotzdem unzählige Male berichtet werden konnte, daß Fürst Eulenburg sich der besten Gesundheit erfreue, sich auf seinem Schlosse in der heitersten Stimmung befinde und alle Freuden eines landjunkerlichen Lebens genoß. Es war auch nicht die Sorge um die Krankheit des Fürsten Eulenburg, sondern die Angst davor, daß das monarchistisch-selbstherrliche Regiment der Hohenzollern arg bloßgestellt werden würde, wenn man den Prozeß gegen den Liebenberger zu Ende führe.

Dieser Justizskandal hat nun mit dem Tode des Fürsten Eulenburg sein Ende erreicht. Aber die deutsche Justiz hat auch heute noch, unter der republikanischen Verfassung, ihren alten Charakter als Klassenjustiz bewahrt. Rauh und unerbittlich gegen Arbeiter, milde und wohlwollend gegenüber allen jenen, die auf des Lebens Höhen wandeln. Eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit ist, eine Rechtspflege zu schaffen, bei der solche Fälle wie der des Fürsten Eulenburg sich nicht wieder ereignen können.

Republikanische Rechtspflege

Vor der Strafkammer in Leipzig standen dieser Tage Engels, Lenin und Bucharin, zwar nicht in höchsteigener Person, aber in der Person des kommunistischen Verlegers Frassack, der angeklagt war, durch Verbreitung der Broschüren von Lenin „Staat und Revolution" und von Bucharin „Programm der Kommunisten" verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgehetzt zu haben. Soweit die Anklage die Schrift Lenins betrifft, war von der Sächsischen Staatsanwaltschaft als besonders gravierend angesehen worden, daß Lenin ein Zitat aus einem Artikel von Friedrich Engels wiedergab, der bereits im Jahre 1913 in der „Neuen Zeit" erschienen war. Man sieht, wie die Rechtspflege sich heute mit Erfolg bemüht, die Klassenjustiz selbst der vorrevolutionären Zeit noch zu übertreffen. Auf dieser Linie lag es auch, daß der Staatsanwalt sich sofort nach Beginn der Verhandlung erhob und wegen Gefährdung der Staatssicherheit Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragte! Genosse Dr. Rosenfeld, der den Angeklagten verteidigte, widersprach dem. Das Landgericht Leipzig aber beschloß wirklich, im geheimen zu tagen. Nur das Urteil wurde öffentlich verkündet. Frassack wurde zwar wegen der Verbreitung der Schrift Lenins mit dem Engels-Zitat freigesprochen, dagegen wegen des Vertriebs der Broschüre Bucharins zu 600 M. Geldstrafe verurteilt.

So die Rechtsprechung in Leipzig im Jahre 1921. Das Urteil ist um so unverständlicher, als beide Broschüren seit Jahren überall in Deutschland unbeanstandet verbreitet werden, die Bucharinsche Broschüre sogar schon vor der Revolution. Es wird höchste Zeit, einer Rechtsprechung dieser Art ein Ende zu machen.

Ein Briefwechsel

Eine neugierige Anfrage und eine derbe Antwort

Unser Braunschweiger Bruderblatt veröffentlicht folgenden Briefwechsel:

Braunschweig, den 6. September 1921.

Herrn Abg. Oerter, hier.

Nach einem Berichte der „Oberweser-Volkszeitung" haben Sie in einer Versammlung in Holzminden am 1. d. M. gesagt: „Eine der stärksten Stützen der Reaktion ist die Justiz. Man sehe sich jetzt wieder den Fall des Fähnrichs Oltwig v. Hirschfeld an. **Nicht eine Gerechtigkeitspflege ist unsere heutige Justiz, sondern eine Dirne des Kapitalismus.** Wir müssen endlich einmal Schluß damit machen."

Wir wünschen von Ihnen eine Erklärung darüber zu erhalten, ob diese Wiedergabe der Zeitung zutreffend ist und sehen Ihrer Mitteilung darüber binnen zwei Tagen entgegen.

Braunschweig, den 6. September 1921.

Der Vorstand
des Braunschweigischen Richtervereins.
gez. Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst.

Hier ist die Antwort des Braunschweigischen Ministers Oerter:

Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst.

Mein Herr! Ihr Schreiben vom 6. September 1921 ist bei mir eingelaufen. Sie gestatten mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ton und Form Ihrer Anschrift in keiner Weise den Gepflogenheiten gesellschaftlichen Anstandes entsprechen. Mag sein, Herr Oberlandesgerichtsrat, daß Sie eine schlechte Kinderstube gehabt haben. Sie hätten aber immerhin Gelegenheit nehmen können, den Mängeln Ihrer Erziehung abzuhelfen. Es mag auch sein, daß Sie geflissentlich die Formen gesellschaftlichen Anstandes außer acht ließen. **In diesem Falle ist diese Ueberhebung ein Zeichen innerer sittlicher Mängel.**

Wenn ich Ihnen trotzdem auf diesem Wege auf Ihr Schreiben eine Antwort erteile, so geschieht dies lediglich, weil ich hoffe, daß meine Nachsicht Sie zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Formen in Ihrem Briefverkehr und zu dem einfachsten Anstand erzieht.

Ich erkläre Ihnen also, daß ich in der Versammlung in Holzminden gesagt habe: **„Unsere heutige Justiz ist eine Dirne des Kapitalismus."**

Aus dieser Aeußerung geht allerdings eine besondere Wertschätzung unserer heutigen Justiz nicht hervor. Ich muß Ihnen, Herr Oberlandesgerichtsrat, zugleich sagen, daß die Art und Weise, wie Sie Ihre Anfrage an mich richteten, mir auch keine besondere Wertschätzung einzelner Richter, besonders des Herrn Vorsitzenden des Braunschweigischen Richtervereins, abnötigen.

Ergebenst Ihr Sepp Oerter.

Und nun?

Die Zustände bei der Post

Im Anschluß an unsere Veröffentlichung vom Sonntag, „Anfragen an Giesberts" überschrieben, machen wir auf eine Mitteilung der „Welt am Montag" aufmerksam, in der folgendes zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht wird:

Während Staat und Kommune bemüht sind, das Heer der Erwerbslosen zu verringern, beginnt die Postverwaltung, nachdem sie bis jetzt durch Einstellung **schulentlassener junger Mädchen**, die in großer Mehrzahl nicht auf Erwerb angewiesen sein dürften, ihr Personal aufgefüllt hat, mit **Entlassungen in großem Maßstabe (in Berlin zirka 5000).** Dabei sollen die langjährig im Dienste erprobten Angestellten Neueingestellten Platz machen. Das fällt besonders stark ins Auge beim Postscheckamt. Das Postscheckamt hat vom 1. März bis zum 12. September 1921 528 Neueinstellungen vorgenommen. Jetzt auf einmal sollen vorläufig 170 Angestellte als überzählig zur Entlassung kommen. Aber nicht etwa die 17- und 18jährigen neueingestellten Mädchen kommen dafür in Frage, sondern solche Kräfte, die schon mehrere Jahre auf dem Postscheckamt beschäftigt sind. Sonderbar ist, daß am 9. September d. J. 170 Kräfte „überzählig" waren, aber am 12. September trotzdem noch Neueinstellungen erfolgt sind. Es wäre wohl angebracht, daß sich Reichstag und Stadtparlament mit diesen Maßnahmen der Postverwaltung beschäftigen.

Das verstärkt den Eindruck, daß die Maximen der Reichspolitik für die Postverwaltung in keiner Hinsicht existieren. Dieses Vorgehen ist einfach unerhört, und angesichts der besonders in der Berliner Postbehörde vorherrschenden reaktionären Tendenz liegt der Verdacht nahe, daß diese Gelegenheit sogar für Maßregelungen benutzt wird. Es wird höchste Zeit, daß Herrn Giesberts und seinen getreuen Reaktionären im Reichstag die Finger geklopft werden.

Schweres Unglück auf dem Münchener Oktoberfest

T. U. München, 19. September.

Am heutigen ersten Tage des Münchener Oktoberfestes auf der Theresienwiese hat sich ein schweres Unglück ereignet. Nachmittags 4 Uhr gab der überlastete Boden einer sogenannten Teppichrutschbahn plötzlich nach und brach in sich zusammen. Ein Teil der auf der Plattform stehenden Personen stürzte auf die darunterliegende Etage der Bahn, andere Besucher blieben im Gebälk der Rutschbahn hängen, wieder andere stürzten aus voller Höhe direkt auf die Erde nieder. Furchtbare Schreckensschreie ertönten. **Das Unglück forderte eine ganze Anzahl Opfer. Zunächst werden 2 Tote und 30 Verwundete gemeldet.** Später wurde bekannt, daß der städtische Rettungsdienst in seinen Automobilen 15 mehr oder minder schwerverletzte Personen transportiert und in die Krankenhäuser eingeliefert hat. Der Betrieb der Bahn wurde durch die Polizeibehörde sofort eingestellt und der Platz von den Mannschaften der Landespolizei abgesperrt. Gleich nach dem Unglück wollte die Menge gegen den Besitzer der Bahn tätlich vorgehen so daß er von der zur Hilfeleistung für die Verunglückten herbeigeeilten Feuerwehr beschützt werden mußte. Das Unglück rief unter den zahlreichen Tausenden, die auf der Festwiese versammelt waren, große Erregung hervor.

Eisenbahnunglück in Norwegen

Drontheim, 19. September.

Ein Sonderzug, der Teilnehmer an der Festlichkeit bei Eröffnung der Dovrebahn südwärts brachte und Drontheim um 11¾ Uhr abends verließ, stieß aus unbekannter Ursache am Südende des Nidareid-Tunnels **mit einem fahrplanmäßigen Zug zusammen.** Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollkommen zertrümmert. **Sechs Personen fanden den Tod,** darunter Telegraphendirektor Heftye, früher Mitglied der Internationalen Kommission in Flensburg. Es sind auch viele Verwundete zu verzeichnen.

Der Streik in Nordfrankreich

Lille, 18. September. (Havas.)

Der Ministerpräsident hat die Textilindustriellen von Roubaix und Tourcoing eingeladen, in seinem Kabinett vorzusprechen. Die Industriellen haben beschlossen, der Einladung nachzukommen, sind aber einstimmig bei ihrer Ansicht geblieben, daß die Lohnherabsetzung eine gebieterische wirtschaftliche Notwendigkeit sei und keinerlei Konzessionen gemacht werden könnten.

In einem Anschlag werden den Arbeitern nochmals die Gründe für die beabsichtigten Lohnherabsetzungen auseinandergesetzt, es wird jedoch versprochen, daß der Arbeitgeberverband dringliche Schritte bei den Industriellen unternehmen werde, um sie zur Herabsetzung der Ziffer der Feiertage zu bewegen und zu diesem Zweck neue Opfer zu bringen. Die Arbeitgeber verpflichten sich weiter, eine Organisation ins Leben zu rufen, um eine Herabsetzung der Lebenskosten durchzuführen. Die Arbeiter werden sodann zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

„Echo du Nord" schreibt zur Lage: Einige ernsthafte Anzeichen berechtigen zu dem Glauben, daß der Textilstreik sich seinem Ende nähert. Zeichen der Ermüdung sind sichtbar.

Die irische Krise. In seiner Antwort auf das Schreiben Lloyd Georges erklärt de Valera wiederum, es sei unbedingt erforderlich, daß die Unterhändler beider Parteien zusammentreten, ohne durch irgendwelche Bedingungen behindert zu sein.

Auch die Fidji-Insulaner streiken

Die Tatsache, daß die europäische Kultur ihre alten Grenzen gesprengt hat und zur Weltkultur geworden ist, dokumentiert sich unwiderleglich an zwei Tatsachen: der Weltherrschaft des internationalen Kapitals, die seit etwa 25 Jahren in Erscheinung trat, und dem organisierten Widerstand des Weltproletariats, der jetzt als Gegenwirkung allenthalben hervortritt. Selbst auf den Inseln des Stillen Ozeans, unter den Männern der braunen Rasse, die — sehr mit Unrecht — als indolent und dekadent verschrien war, regt sich der Geist des selbstbewußten Proletariats.

Jetzt kommt uns die Nachricht zu, daß auf den entlegenen Fidji-Inseln, einem äußerst fruchtbaren und schönen Erdenwinkel, die Plantagenarbeiter in Streik getreten sind; zunächst die aus Indien importierten Kulis, etwa 40 000 an Zahl. Sie kämpfen für den Sechsstundentag, die fünftägige Woche, freie Nutzung des Bodens für sich selbst, wirtschaftliche Gleichheit mit den Weißen und ähnliche Forderungen. Alle diese Tausende von Arbeitern sind aus ihrer fernen Heimat dorthin geführt worden, unter kontraktlichen Bedingungen, die sich kaum von Sklaverei unterscheiden. Wie es heute unter ihnen aussieht, schildert Francis Shearn in einem Briefe aus Sidney: Der Streik mit den Hindus auf Fidji erregt bereits größte Besorgnis bei der Regierung. Die anfangs rein wirtschaftliche Bewegung hatte zunächst die Sympathie selbst eines großen Teils der weißen Bevölkerung. Heute stehen die 40 000 Kulis im Kampfe um die volle, auch politische Gleichstellung mit den Herren des Landes. Mit Entsendung von Kriegsschiffen ist nichts geholfen, da der passive Widerstand der Hindus gefährlicher ist als ein gewaltsamer Aufstand. Im März hatten sie bereits folgende Forderungen aufgestellt: 3 Dollars für den Sechsstundentag; 1½ Dollars täglich in Krankheitsfällen; freie Unterkunft und fünf Acker Land mit Weidegrund für fünf Stück Vieh; freie ärztliche Behandlung; Rückberufung des exilierten Führers Dr. Manibal; Freilassung aller im Dezember und Januar bei den damaligen Unruhen Verhafteten. Diese Bedingungen wurden den Beamten der Zuckerplantagengesellschaft übergeben, welche, um Zeit zu gewinnen, versprachen, sie ihren Oberherren vorzulegen. Heute fürchtet man allgemein, daß die Hindus ihre Drohung vom vorigen Jahre wahr machen und die Kapitalherren gewaltsam zur Anerkennung der gleichen Menschenrechte zwingen könnten. Die Regierung hat ihrerseits bereits eingegriffen. Schon auf einer Zusammenkunft am 20. März erklärte Capt. Kane als Vertreter der Landesregierung, daß diese eine Kommission zur Begutachtung der Forderungen einsetzen würde, doch sollten die Kulis zunächst zur Arbeit zurückkehren. Das Verlangen nach Freigabe der verbannten Führer lehnte Kane von Grund aus ab; auch hier stellte sich die Regierung gewohntermaßen auf den Prestigestandpunkt. Das führte natürlich zur Verschärfung der Situation. Nach den letzten Telegrammen der Preßassociation sind die Hindus entschlossen, für ihre Forderungen zu sterben. Täglich finden Demonstrationen statt. Die Entfernung einiger Führer auf eine benachbarte Insel hat daran nichts geändert. Auch hier wird die gerechte Sache des arbeitenden Volkes siegen.

Vindex.

Jugendvolksbühne

Der Bauer als Millionär. — Das kennen wir, haben wir schon gesehen. Natürlich, denn was gäbe es wohl, was wir großen und gescheiten Leuten noch nicht gesehen hätten, noch nicht kennen würden. Aber: habt Ihr es schon einmal gesehen, wenn es vor 2000 Kindern und Jugendlichen über die Bühne gegangen ist? Natürlich nicht — und dann habt Ihr es auch noch nicht erlebt.

Ich saß mitten unter diesen Zweitausend. Lottchens Schicksal wurde den Jungen und Mädeln zum eigenen. Der reichgewordene Fortunatus hat gewiß ihren hellen Zorn erregt, als er das bäuerlich erzogene Feenkind aus seinem Hause wies, aber sie grollten ihm nicht lange. Als die Jugend von ihm wich, da standen sie ihm menschlich so nahe, daß die beifallfrohen Hände ganz ruhig blieben, nachdem das reizende Brüderlein-Lied verklungen war. Tief ahnten sie den Ernst und die unendliche Lebensweisheit dieses schönen Spiels, und Lucie Mannheim kann glücklich sein, daß sie ihr Lied einem Publikum singen konnte, das in ihrem Vortrag viel, viel mehr sah, als eine gelungene Soubrettenleistung. (Dennoch blieb die Szene auch diesmal eine Leistung, auch von unserem nüchternen Erwachsenen-Standpunkt aus gesehen.) Hier blieb das Haus mäuschenstill, aber die Wände dröhnten vom Beifall, wenn ein aus der Seele quellender Drang nach lautem Ausbruch verlangte. Nicht dem „Schauspieler" dort oben galt dieser Beifall, sondern dem lebendigen Menschenbild und seinem schönen oder lustigen Handeln. (Und damit gerade dem Schauspieler.)

Ueberhaupt der Fortunatus Wurzel .... Den guten, dummen Kerl hatten sie bald begriffen. Die tragische Wendung seines Schicksals war ihnen mehr als die „gerechte Strafe", und seine Wandlung zum Weisen, der das Aschenlied singt, ließ wieder Ahnungen von Unendlichkeiten in den jungen Herzen dämmern. (Auch dafür ist der Schauspieler Herzfeld, der wieder den Bauern spielte, mitverantwortlich. Sein warmer Ton gewinnt die Kinderherzen leicht.)

Kurzum: diese „Premiere" der Jugendvolksbühne am Sonnabend war ein glücklicher Tag. Es wird viel von dem Theater, dem neuen Theater gesprochen, in dem die Bühne Mittelpunkt einer Gemeinschaft sein soll, worin Spieler und Hörer einen Körper mit einer Seele bilden und die Hörer durch aktives Miterleben von Wort und Spiel am Ganzen mittragen sollen. Wunderschön! Aber geht in die Jugendvolksbühne, dort habt Ihr dieses Theater schon, das kein „Theater" ist. Die Jugend kann gar keine andere Haltung zum bunten Spiel der Bretter finden. Es bedeutet wirklich eine Welt für sie. Erst allmählich bringen wir, die großen und gescheiten Leute, mit unserer Schule, unserer Fachkritik und sonstigen „Literatur" ihnen bei, daß es anders ist, daß man ein Trottel ist, wenn man mitjubelt, wo gejubelt wird, und schweigend dem Schlag des eigenen Herzens lauscht, wenn das grimme, eisige Schicksal des Fortunates braunen Schopf in dünnes Grau verwandelt. Erst langsam und mit Mühe bringen wir der Jugend bei, daß man immer klatschen muß, wenn da oben einer etwas besonders-schön gemacht hat. Weil man sonst zeigt, daß man nichts versteht. Und hinterher wie nebenbei muß man (aus dem gleichen Grunde) kluge Sachen reden, oder, wenn es ganz schlimm kommt, schreiben.

Die Frage ist jetzt nur, ob die Jugendvolksbühne ein Mittel ist oder Mittel finden kann, um dieses natürlich schöne Verhältnis des unverdorbenen Menschen zur Kunst, das wir bei der Jugend noch vorfinden, für spätere Jahre zu erhalten. Das ist wohl das Problem, vor das sie bald gestellt sein wird. Auf jeden Fall muß sie sich hüten, es gar vorzeitig zu zerstören. Die Schauspieler der Volksbühne am Bülowplatz, die wir hier nicht in der Form erwähnen, wie in einer landesüblichen Kritik (was sie uns nicht verübeln werden), können dabei viel helfen. Manchen von ihnen merkte man es am Sonnabend an, daß sie ein Gefühl für das Besondere ihrer Aufgabe haben. Vielleicht lernen es die anderen auch noch.

R. S.

Die Renovierung des „Fliegenden Holländers". (Staatsoper.) Es entspricht der persönlichen Veranlagung jedes einzelnen, die Neueinstudierung des „Fliegenden Holländers" in seiner Verfassung (ohne Unterbrechung der Darstellung) als Gewinn oder Beeinträchtigung zu empfinden. Konzentriert sich bei dem einen die Stimmung durch die Verschmelzung der Akte zu einem einheitlichen Guß des szenischen Geschehens, so tritt bei dem andern eine Entspannung ein durch Ueberlastung seiner Aufnahmefähigkeit. Neben dieser recht unwesentlichen Aeußerlichkeit wäre die Ausmerzung alter Regelsünden, die einestells auf unnatürlicher Distanz, anderenteils auf zu plumper Verwendung der Geste beruhen, von größter Wichtigkeit zur Durchgeistigung der Bühnenvorgängen gewesen. Ueberhaupt fehlte dem Grundton der gesamten Aufführung schauspielerisch wie dekorativ das Anschaulich-Packende, Dämonisch-Mitreißende. Dafür bereitete Barbara Kemp als Senta ein Fest abgeklärtester innerlich beglückender Gesanglichkeit; ihr erwuchs kein ebenbürtiger Partner. Beträchtlich stand hinter ihrer Leistung der Holländer Theodor Scheidls zurück, dessen Stimmmitteln die Intensität klangwuchtiger Tiefe völlig ermangelt. Die musikalische Leitung in den Händen Max von Schillings erwies sich matt und schleppend und holte nicht entfernt aus dem Orchester heraus, was es herzugeben vermag. Es wurde ohne Detailarbeit über manches hinweggefuscht, und die Blechbläser klangen stellenweise recht unedel. Ein besonderes Gepräge gesanglicher Kultiviertheit wurde der Aufführung durch die Chöre verliehen, die gastweise der Berliner Lehrergesangverein gestellt hatte.

E. N.

Verbandstag der Metallarbeiter

Die richtunggebende Entschließung — Vorstandswahlen

Ueber die Verhandlungen des Verbandstages der Metallarbeiter in Jena am Sonnabend ist nichts Wesentliches nachzutragen. Sowohl über die Ablehnung des kommunistischen Antrages, die Rußlandhilfe betreffend, wie über die Statutenänderungen und die Entschließung über das Verhalten der Besatzungsbehörden haben wir bereits berichtet. Entscheidend für die Politik des Verbandes für die nächste Zeit ist die von der unabhängigen und rechtssozialistischen Fraktion gemeinsam eingebrachte Kompromißresolution, die wir in unserer Sonntagsausgabe nur gekürzt wiedergeben konnten. Wir drucken nachfolgend ihren vollen Wortlaut ab:

Entschließung

Die Entwicklung seit dem letzten Verbandstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen; die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volksmasse. Die kapitalistischen Friedensverträge und die enge Wechselwirkung der Weltwirtschaft bewirkte den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrise der besiegten Mittelmächte und wuchs sich zur Weltwirtschaftskrise aus.

Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftselend für seinen Vorteil auszunützen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verschleuderung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Riesengewinne wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die zwangsläufige Ausschaltung der Auslandskonkurrenz eine ungehemmte Preisdiktatur entfalten konnte.

Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der besitzlosen Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Uebel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu beseitigen.

Die Lösung der Weltkrise ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch, sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgefügte Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in innigem Einklang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale handeln.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuarbeiten. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre verheerenden Folgen bewußt und nachdrücklichst zu führen, erklärt der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weisung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Aufrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirates heißt der Verbandstag gut.

Die Einzelforderungen der Entschließung haben wir schon am Sonntag veröffentlicht. Sie ist unterzeichnet von:

Aug. Haas-Köln, Kummer, Reichel, Buse, Fenske, Watschinski (S. P. D.).

Gust. Haas-Osnabrück, Urich, Teichgräber, Kronshagen, Ziska, Kleuner (U. S. P.)

In der Abendsitzung wurde zunächst über nebensächliche Beschwerden berichtet. Dabei kam auch der Streik im Saarrevier zur Sprache und die von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale diktierte Haltung eines Verbandsbeamten in jenem Streik, die den Verband und die Metallarbeiterschaft des Bezirks in eine üble Lage gebracht hat. Eine gemeinsame Entschließung der U. S. P. und S. P. D. wird in der Abendsitzung vorgelegt. Da aber die Fraktion der K. P. D. eine Reihe Zusatz- und Abänderungsanträge gestellt hat, wird die Abstimmung auf Sonntag verschoben.

Die Sonntagssitzung

Den Vorsitz führt Braß. Eine von den weiblichen Delegierten vorgelegte Entschließung, die **Agitation unter den Metallarbeiterinnen** auf das nachdrücklichste zu fördern, in Verwaltungsstellen mit Metallarbeiterinnen zweckmäßige Frauenagitations-Kommissionen zu bilden und den Vorstand um die Schaffung einer zentralen Einrichtung zur Förderung der Tätigkeit für die weiblichen Mitglieder zu ersuchen, wird dem Vorstand überwiesen.

Schulz-Bremen erstattet namens der Beschwerdekommission Bericht über die Proteste, die gegen die **Stellungnahme des Vorstandes zu der kommunistischen Reichskonferenz der Metallarbeiter** eingelaufen waren. Wegen politischer Auffassung ist kein Kommunist ausgeschlossen worden, sondern der Ausschluß erfolgte stets nur wegen **Schädigung des Verbandes**. In den meisten Fällen begnügte sich der Vorstand mit einer Rüge. Nur wenn die Teilnehmer erklärten: Wir haben Recht getan und werden das gleich wieder tun, wurde auf Ausschluß erkannt. Die Beschwerdekommission hat sich mit 16 gegen 2 Stimmen der Auffassung des Vorstandes angeschlossen.

Malzahn-Stuttgart (K. P. D.) **erhebt gegen die Beschwerdekommission** den Vorwurf, daß sie nicht in Einzelberatungen der vorliegenden Fälle eingetreten sei und wendet sich im übrigen gegen die Entscheidung der Beschwerdekommission an sich.

Sickert, Mitglied des Vorstandes (K. P. D.) bezeichnet die Ausschließung der Teilnehmer an der kommunistischen Reichskonferenz als verfehlt.

Schulz-Bremen: Schlußwort. Im Bremer Falle hat Stoecker von der Zentrale der K. P. D. Höcker-Bremen Anweisung gegeben, **wie der Kampf in Bremen geführt werden muß.** Das kann sich keine Gewerkschaft gefallen lassen. Hier auf dem Verbandstag

---

Zur roten Woche

erscheint morgen, Dienstag, früh, eine besonders reichhaltige

Werbenummer der „Freiheit“

Alle Parteigenossen müssen in den Betrieben, in ihren Häusern und in den Familien des Bekannten- und Verwandtenkreises diese Werbenummer verbreiten.

Jeder tue seine Pflicht

und gewinne der „Freiheit“ neue Abonnenten!

---

stellen sich die Kommunisten so unschuldig. Aber im Lande draußen durchkreuzen sie fortgesetzt die gewerkschaftliche Arbeit.

Ein Antrag der Kommunisten auf Zurückverweisung der Beschwerden an die Beschwerdekommission wird mit 286 gegen 431 Stimmen abgelehnt und der Antrag der Beschwerdekommission, die Entscheidung des Vorstandes gutzuheißen, in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 25 Stimmen angenommen.

Die entscheidende Abstimmung

Zu der oben abgedruckten gemeinsamen Resolution der S. P. D. und U. S. P. hatte die kommunistische Fraktion eine Abänderung des Absatzes 4 beantragt und ferner im Absatz 6, Ziffer 2 die Einschaltung „Unter **Ablehnung einer Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften**“.

Walcher (K. P. D.) gab sich von vornherein keiner Hoffnung hin, daß die von den Kommunisten selbst vorgelegte Entschließung Annahme finden könne, meinte aber, daß durch die von den Kommunisten beantragte Abänderung mindestens eine Basis für die Politik des Metallarbeiterverbandes gegeben sei.

Dißmann: Wenn Walcher meint, die Kollegen der U. S. P. sollten den notwendigen Mut aufbringen, um hier **Farbe zu bekennen,** so schenke ich ihm diese Bemerkung. Der Verbandstag wird in seiner erdrückenden Mehrheit den Mut finden, so zu **stimmen, wie es der Sache entspricht.** Wenn Walcher unsere Entschließung als nicht ideal bezeichnet, so werden auch die Unterzeichner nicht beanspruchen, daß die Resolution eine in jeder Form vollkommene Analyse ist. Es kommt uns darauf an, eine **Willenskundgebung des Verbandstages** zustande zu bringen. Wir können die gewünschte Streichung nicht akzeptieren. Der Absatz soll besagen, wie wir uns die Lösung der Weltkrise vorstellen, und daß die Erreichung des Zieles durch die einheitlich organisierte Arbeiterklasse möglich ist. Ich bitte die kommunistischen Anträge abzulehnen, die nur ein Manöver sind. **Was die Frage der Arbeitsgemeinschaften** betrifft, so **habe ich in meinem Geschäftsbericht** alles Notwendige darüber gesagt. **Wir lehnen die Arbeitsgemeinschaften ab, wie sie im Jahre 1918 geschaffen worden sind.** Ich stelle fest, daß alle Unterzeichner der Entschließung sich darin einig waren, daß wir im Reichswirtschaftsbund und bei Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium unseren Mann zu stellen und für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen haben. Wenn Walcher weiter meint, die Mitglieder der U. S. P. mögen ihr Mitgliedsbuch abgeben und der S. P. D. beitreten, so hoffe ich, daß, wenn auch nicht unter Preisgabe der Parteien, bald die Zeit kommt, in der wir zusammenstehen in einer gemeinsamen Kampffront. (Lebh. Bravo.)

Die auf Antrag **Malzahn** (K. P. D.) vorgenommene namentliche Abstimmung über den Zusatzantrag der Kommunisten betreffs der Arbeitsgemeinschaften ergab **Ablehnung dieses Zusatzes mit 127 gegen 619 Stimmen.** Die gemeinsame Entschließung wurde mit den Stimmen der U. S. P. und S. P. D. angenommen. — Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag wird Cassel bestimmt. — Gemäß dem Antrag der Rechnungskommission erfolgt eine Neueinteilung der Gehaltsskalen der Angestellten im Vorstand und in den Verwaltungsstellen.

Die Vorstandswahl

Die Vorstandswahl, die am späten Nachmittag vorgenommen wurde, erfolgte auf der Grundlage, welche die Fraktionen der S. P. D. und U. S. P. D. in tagelangen Verhandlungen in wiederholten gesonderten Fraktionssitzungen vereinbart hatten. Hiernach bleiben die bisherigen fünf U. S. P.-Genossen im Vorstand, während die Rechtssozialisten durch sechs Mitglieder im Vorstand vertreten sein werden Das Verhältnis der unbesoldeten Beisitzer ist das gleiche. Die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird paritätisch besetzt und untersteht wie bisher dem Genossen Dißmann.

Die Wahl erfolgte geheim. Die Liste der S.P.D. und U.S.P. wurde gewählt. Es erhielten Stimmen: als Vorsitzender Dißmann 555, Reichel 544, Eggert-Stuttgart 538, Brandes 461; als Kassierer Werner 603, Schäfer 548; als Sekretäre Handke 553, Schliestedt 515, Buse-Bielefeld 538, Tost 555, Schott 533. Von diesen 11 besoldeten Vorstandsmitgliedern sind neu gewählt der Vorsitzende Eggert und die Sekretäre Buse und Schott, sämtlich S.P.D. Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder wurden entsprechend den vereinigten Vorschlägen gewählt. Als Redakteure wurden gewählt: Kummer-Offenbach (S.P.D.) mit 551 und Haase-Stuttgart (U.S.P.) mit 509 Stimmen. Als 1. Ausschußvorsitzender wurde gewählt: Weißig-Frankfurt a. M., der bis zum letzten Verbandstag Ausschußvorsitzender war, mit 585 Stimmen. Der bisherige 2. Ausschußvorsitzende Baumann-Frankfurt (U.S.P.) wurde mit 503 Stimmen wiedergewählt. Auf die Vorschläge der K.P.D. entfielen 105—146 Stimmen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Abends 8½ Uhr wurde von dem Vorsitzenden Bäcker der Verbandstag mit einer Schlußansprache geschlossen.

Prinzessin Olala heißt die Operette von Bernauer, Schanzer und Gilbert im Berliner Theater. Text und Musik sind erstaunlich schwach, aber das Ganze ist doch geschickter Vorwand, der Massary eine große Rolle, der Rolle Glanz und Mannigfaltigkeit, der Masse ein unterhaltendes Theater zu liefern. Eine der Hauptbedingungen ist ganz erreicht. Die Massary steht den ganzen Abend auf der Bühne, die Rolle entwickelt alle bekannten und viele neuen Möglichkeiten für ihre rassige Genialität, so daß der Wunsch, ihre Kunst einmal auszukosten, restlos erfüllt wird. Ein Höchstmaß von Charme und Anmut wird durch ihr feines Spiel und ihre makellose Gesangskultur in eine Sphäre der Kunst erhoben, in der man von der Belanglosigkeit des Werkes, das sie trägt, kaum noch viel merkt. Sie ist wirklich eine ungewöhnliche Frau und man braucht nur, wenn sie auf der Bühne steht, an die Orska zu denken, um sich des Unterschiedes zwischen einer echten und einer parvenuhaften Rassigkeit bewußt zu werden. Also mit einem Wort, es war ein großer Erfolg, an dem die komische Frau Pallenberg ebensoviel teil hatte, wie die glänzende Chansonsängerin Massary. Von ihren Partnern ist nur der humorreiche und unterhaltsame Ralph Artur Roberts für den Erfolg des Werkes unentbehrlich. F. St.

Rose-Theater. (Der Pfarrer von Kirchfeld.) Schade, daß es der Regie Bernhard Roses so vollkommen mißlang, die echte Bauernatmosphäre dieser Gebirgswelt in Anzengrubers vieraktigem Volksstück einzufangen. Schon durch den Dialekt erhielt man bestenfalls die Illusion eines Berliner Alpenballs. Warum überhaupt Dialekt, wenn ihn nicht das ganze Ensemble sprechen kann? Ein oberbayrischer Graf in den Bergen, wie ihn Rudolf Schwarz markierte, ist doch nur eine faule Ausrede. Dabei waren ein paar Einzelleistungen gar nicht schlecht. Frieda Walter hat Gefühl für das Schwerflüssig-Temperamentvolle der Anna Birkmeier; Carl Ekhof als Wurzelsepp trifft den rechten kernigen Ton, und Willi Rose und Paul Richter-Bauer boten in kleineren Rollen vorzügliche Leistungen. — Aber das Ganze fiel auseinander, und der Pfarrer von Kirchfeld selbst (Bernhard Rose) war ein völliger Versager: viel zu pathetisch und rührselig, ohne Verständnis für das Kantige, Bodenständige dieser Welt.

Nur wenn man diese Grundlagen Anzengrubers betont, kann man sein Stück zu lebendiger Kunst auch für die Proletarier der Gegenwart machen. Die Probleme der Tiroler Bauern, ihre Gewissenskämpfe, ihre religiösen Bedenken, sind nicht die Sorgen der Großstadt. Nur wenn sie sich aus der ganzen Umwelt der Handelnden ergeben, wenn das Sentimentale nur als Beiwerk erscheint, und die Berge und Täler die Hauptpersonen sind — nur dann kann der Pfarrer von Kirchfeld auch ein Volksstück für Berlin O sein. H. E. K.

Im ersten Konzert des Volkschores E. V., das am Sonntag, den 25. September, mittags 1/212 Uhr, in der Philharmonie stattfindet, wird Gustav Brecher Mahlers 2. Symphonie zur Aufführung bringen. Mitwirkende: Das Philharmonische Orchester, Alt-Solo: Margarete Arndt-[illegible], der Frauenchor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Knabenchor vom [illegible]. Karten für Mitglieder 4 M. (Nichtmitglieder 6 M.) in den Warenhäusern [illegible], von Hermann Dietz, Volksbühnenbuchhandlung Köpenicker Str. 68, [illegible] 227 und an der Kasse zu haben.

Der Parteitag der SPD.

Die Eröffnungstagung

E. W. **Görlitz,** 18. September.

In der hiesigen Stadthalle wurde heute der Parteitag der S.P.D. eröffnet. Orgelspiel, Gesangsvortrag und Deklamation leiteten die Feier ein, worauf der Görlitzer Parteiveteran Keller den Kongreß mit einigen Reminiszenzen aus der Werdezeit der sozialistischen Bewegung in Görlitz begrüßte.

Alsdann spricht im Auftrage des Parteivorstandes **Müller-Franken.** Seine Rede enthält scharfe Ausfälle gegen die nationalistischen und monarchistischen Hetzer und läßt auch die Kommunisten nicht ungeschoren. Bemerkenswerterweise erwähnt er die U.S.P.D. mit keinem Wort.

Die Mitteilungen des Vorredners, so führt Müller aus, beweisen, daß auch im Görlitzer Bezirk die Massen hinter uns stehen. Das zeigt auch der Metallarbeiterkongreß in Jena, und so muß es bleiben. Wir haben auf diesem Kongreß hart zu ringen. Wir haben unsere Arbeit einem neuen Programm zuzuwenden. Auf dem Wege der Demokratie wollen wir zum Sozialismus kommen. Mit dem Erfurter Programm sind wir die stärkste Partei geworden. Unser neues Programm muß unsere Anschauungen rein erhalten. Wie die Machtverhältnisse jetzt liegen, werden wir in den nächsten Jahren nur als Koalitionspartei arbeiten können.

Wir müssen vor allen Dingen wieder in die preußische Regierung hinein. Der Weg muß gefunden werden. Wenn dies nicht gelingt, so müssen wir in allen Ländern aus der Regierung gehen und der Bourgeoisie zeigen, welche Macht wir dann darstellen. In dem Kampf um die Steuern hat unsere Partei die republikanische Vorhut zu bilden. Unser Kampf für die Republik wird die Arbeiterschaft stärken und alle jene zusammenführen, die auf demokratischem Boden zusammenstehen.

Die Bureaubildung vollzieht sich glatt nach den Vorschlägen. Zu Vorsitzenden des Kongresses werden **Wels** und **Taubadel**-Görlitz bestellt.

Wels begrüßt dann die erschienenen ausländischen Gäste. Hier zeigt sich eine bezeichnende Parallele zu dem kommunistischen Parteitag in Jena: Vertreter großer ausländischer Parteien fehlen. Die belgische Arbeiterpartei, deren Vertreter Brouckere noch erscheinen soll, ist noch die größte der vertretenen Parteien. Von Ebert ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Die ursprüngliche Tagesordnung wird dahin **abgeändert,** daß dem Bericht der Reichstagsfraktion ein Referat sowohl über Steuerfragen wie über die Teuerung folgen soll. Gegenüber einigen Anträgen auf Absetzung der Programmdiskussionen schlägt Wels die Entgegennahme eines Berichts vom Vorsitzenden der in Kassel gewählten Programmkommission und die Ueberweisung des Programmentwurfs an eine 23gliedrige Kommission vor, die dann dem Parteitag erklären solle, ob eine Erledigung der Programmfrage durch den Kongreß möglich ist. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Alsdann sprechen die ausländischen Delegierten. Es ist bemerkenswert, daß sie alle kaum von der eigenen Partei sprechen, dagegen aber um so eindringlicher den Rechtssozialisten den Rat geben, „praktische Arbeit“ zu leisten, das heißt keine Koalitionspolitik zu scheuen. Ebenso eindringlich betonen sie die Notwendigkeit zur Verteidigung und Festigung der Republik. In diesem Sinne sprechen Stauning (Dänemark), **Möller** (Schweden), **Nemec** (Tschechoslowakei) und ein holländischer Delegierter. Ein ungarischer Delegierter bezichtigt Kahr-Bayern, mit dem Horthy-Regiment in Verbindung zu stehen und dieses unterstützt zu haben, während Tscheidse (Georgien) von den Arbeiten des Kongresses wünscht, daß sie viel zur Einigung der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland beitragen. Dann würde auch eine Basis für eine wirkliche Internationale gegeben sein. Ein Danziger Vertreter wünscht, daß die Partei die Wege einschlage, welche ihren Kampf am schnellsten zum Siege führen könne. **Wels dankt den Gästen und schließt die Sitzung um ½10 Uhr abends.**

Groß-Berlin

Demonstration der Bernauer Arbeiter gegen die Reaktion

Eine gewaltige Kundgebung gegen die Reaktion veranstaltete gestern die Bernauer Arbeiterschaft in Verbindung mit den Berliner Distrikten. Die Bernauer nationalen Verbände hatten zu einer Feier aufgerufen, bei der sie wieder einmal ihren monarchistischen Gefühlen Ausdruck geben wollten. Diesmal sollte es ein „oberschlesisches Hilfswerk“ sein, das Veranlassung zu dem so oft mitgemachten Rummel geben sollte.

Es kam aber anders. Das machtvolle Aufgebot der Arbeiterschaft jagte den nationalen Helden doch einigen Schrecken ein, und so verschoben sie ihre „Feier“ auf den nächsten Sonntag. In riesigen Scharen zogen die Arbeitermassen aus Berlin und der Umgegend heran. Viele Tausende zogen in geschlossenen Zügen durch die Stadt nach dem Sportplatz, wo eine gewaltige Kundgebung stattfand. Dort sprach Gen. Fiebiger, der in kräftiger Weise die jüngsten Schandtaten der Reaktion kennzeichnete und zu einer einmütigen und geschlossenen Kampffront aufrief. In ähnlicher Weise äußerten sich auch Meyer (K. P. D.) und der S. P. D.-Redner.

Nach Beendigung der Versammlung formierte sich ein riesiger Demonstrationszug, der sich nach dem Marktplatze bewegte, wo noch einmal die Redner der drei Parteien sprachen. Dann gab ein Genosse bekannt, daß in dem benachbarten Wilmersdorf eine nationale Feier stattfinde. Das dürfe sich die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen; sie müßten den reaktionären Herrschaften dieses Fest unmöglich machen.

Die Arbeitermasse zog darauf geschlossen nach dem etwa zwei Stunden entfernten Wilmersdorf und half den reaktionären Herrschaften das Fest verschönern. Die schwarzweiß-roten Fahnen und die Kaiserbüsten nahmen dabei allerdings einigen Schaden.

Bedauerlicherweise muß auch diesmal wiederum gesagt werden, daß sich bei der Demonstration verschiedene Elemente bemerkbar gemacht haben, die die Sache der Arbeiterschaft nur diskreditieren. Man konnte auch hier wiederum bemerken, daß die Führer der Kommunistischen Partei ihre Massen nicht mehr in der Hand hatten. Es kam zu einigen bedauerlichen Zwischenfällen, die wahrscheinlich noch ein Nachspiel haben werden.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, von diesen Elementen ganz energisch abzurücken. Diese Leute, die sich in einer derartigen Weise benehmen, haben mit der Sache der Arbeiterschaft nicht das mindeste gemein, und wenn sie zehn Sowjetsterne an der Brust tragen.

Verhaftung eines Brotkommissars

Wegen Fälschungen und Veruntreuungen verhaftet wurde der Vorsteher der 160. Brotkommission in der Reinickendorfer Straße, der Magistrats-Hilfsarbeiter Max Stern. Der Verhaftete war seit mehreren Jahren Vorsteher der Kommission. Seit Anfang d. J. fälschte er fortgesetzt Hauslisten, so daß ihm mehr Lebensmittelkarten aller Art zur Verfügung standen, als ihm zustanden. Diese überschüssigen Karten machte er für sich zu Geld. Zwei Angestellte der Kommission, die von den Vorgängen etwas merkten, wußte Stern als Vorgesetzter zu bewegen, über die Dinge zu schweigen. Eine Revision des Magistrats deckte sie aber jetzt auf. Stern wurde zur Verantwortung gezogen, aber vorläufig auf

freiem Fuß belassen. Als aber die Kriminalpolizei erfuhr, daß er sich die Ausreiseerlaubnis nach Amerika verschafft hatte, nahm sie ihn fest.

Rückkehr von Kindern aus Ostpreußen

In den nächsten Tagen kehren 6000 Berliner Kinder aus Ostpreußen zurück, wo sie drei Monate lang in Einzelpflegestellen gastliche Aufnahme fanden. Nach langen Verhandlungen mit den Polen ist es gelungen, Sonderzüge für diese Transporte zu erhalten. Diese Sonderzüge treffen sämtlich morgens 5.50 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof ein und zwar am 20. September aus den Kreisen Mohrungen und Braunsberg, am 21. aus Stuhm, am 22. aus Stallupönen, Gumbinnen und Ragnit, am 23. aus Insterburg, Gerdauen, Friedland, Rössel, am 24. aus Königsberg, Fischhausen, Niederung, Labiau, am 28. aus Lyck, Lötzen, Elbing und am 30. aus Lyck. Die Kinder werden von Beauftragten des Jugendamtes empfangen und den am Osteingange des Bahnhofes wartenden Eltern zugeführt. Hoffentlich kommen die Kinder gut erholt und wohlbehalten in Berlin an.

Aufklärung des Raubmordes an dem Kunsthändler Reißer

Am 3. Juni v. J. morgens um 9 Uhr, wurde bekanntlich der Kunst- und Teppichhändler Alfred Reißer in seiner Wohnung, Steglitzer Str. 23, ermordet und beraubt aufgefunden. Die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben, daß das Verbrechen bereits am Abend vorher verübt worden sein mußte. Die ersten Ermittlungen lenkten damals schon den Verdacht auf Gäste eines Pensionats in der Körnerstraße. Unter den dort fiskierten Personen befanden sich mehrere, die wegen anderer Straftaten gesucht wurden. Doch konnte niemand ermittelt werden, der Angaben machte, die greifbare Anhaltspunkte enthielten. Im stillen wurde aber verwertbares Material zusammengetragen. Dieses hat sich jetzt soweit verdichtet, daß dieses Verbrechen als aufgeklärt betrachtet werden kann. Der Haupttäter ist kein anderer als der wiederholt vorbestrafte 28 Jahre alte Gustav Passarge genannt „Matrosenwilly". Passarge verbüßt zur Zeit in Plötzensee eine mehrjährige Gefängnisstrafe. Trotzdem Passarge, der gestern aus Plötzensee nach dem Polizeipräsidium geholt und dort von Kriminalkommissar Trettin vernommen wurde, alles leugnet, unterliegt es keinem Zweifel, daß Passarge der Mörder des Kunsthändlers ist. Als Mittäter kommen seine früheren Spießgesellen, der 25 Jahre alte Elektromonteur Erich Stansel, genannt „Graf Bernsdorf", und der 27 Jahre alte Mechaniker Heinrich Selzer, genannt „Harry", in Frage. Die Ermittlungen nach dieser Richtung werden noch fortgesetzt.

Bezirk Hermsdorf-Waidmannslust. In einer am 13. 9. 1921 abgehaltenen Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes referierte ein Herr Duz. In seinem ausgedehnten Referat wollte er nachweisen, daß die Schuld an den heutigen Zuständen das Judentum trifft. Verjudete Regierung, kugelrunde und israelitische Regierungsspitzen, verschiebende Soldatenräte waren die Gemeinplätze des Redners. Unter dem veränderten Firmenschild der Deutschnationalen haben sich im sogenannten national-sozialistisch nennenden Schutz- und Trutzbund die Größen der Hermsdorf-Waidmannsluster Kapptage à la Schade und Genossen zusammengefunden, um von der soviel verleumdeten Arbeiterschaft ihren im Sumpf des Antisemitismus steckenden Parteikarren herausholen zu lassen. Die den Saal zahlreich füllenden Genossen der U. S. P. D. sowie der S. P. D. schenkten in der Diskussion diesen Reaktionären nichts. Sie geißelten die Sabotage dieser Elemente, die durch schmutzige Agitation es fertig bringen wollen, die Treibhausluft zu schaffen, in der politische Morde und Pogrome gedeihen. Der Kampf des Proletariats kann und wird durch Rassenhaß nicht vergiftet oder abgelenkt werden, sondern immer klarer wird die Kampffront hier Arbeit, hier Kapital, bis zum endgültigen Siege des Sozialismus. Auf das Schlußwort des Renommierarbeiters Duz verzichteten die Genossen und ließen die Judenfresser mitsamt den auf Gelegenheit wartenden Stahlhelmlenten unter sich.

Kursus für Lehrer. Auf Anordnung der Deputation für Schulwesen beginnt am 26. Oktober an der VII. Wahlfortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Choriner Straße 74, ein Kursus mit Abschlußprüfung für Damen und Herren, die sich zu Lehrern der Kurzschrift und des Maschinenschreibens an städtischen Schulen auszubilden beabsichtigen. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Beherrschung des Systems Stolze-Schrey und die erforderliche technische Fertigkeit auf beiden Gebieten. Wer die technische Fertigkeit im Maschinenschreiben nicht besitzt, kann an einem besonderen Kursus teilnehmen, der am 18. Oktober beginnt. Die Anmeldung kann vor Beginn des Unterrichts bei dem Dirigenten Scholz täglich von 5¾ Uhr abends an erfolgen, dort wird auch nähere Auskunft über die Teilnehmergebühr und die Zeit des Unterrichts erteilt.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag. Trocken und überwiegend heiter, nachts wieder sehr kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Zur Einigung

Eine der periodischen Zusammenkünfte der unabhängigen Gewerkschaftsangestellten tagte Sonnabend abend unter dem Vorsitz des Genossen Reimann im Berliner Rathaus. Genosse Seger hielt ein äußerst instruktives Referat, das in der Form wie im Inhalt allseitige Zustimmung fand. Seger ging auf die theoretischen Differenzen in der alten Partei ein und besprach die Einigung, die als geschichtlicher Vorgang zu betrachten und einzuschätzen, und die nicht organisatorisch herbeizuführen ist, sondern abhängig ist von der Reife des Proletariats. Gefördert wird diese Einsicht durch die ökonomischen Bedingungen, die zu einer Veränderung des Kampfbodens führt, und deshalb auch die Umkehr der Rechtssozialisten bewirkte. Seger schloß seinen wirkungsvollen Vortrag damit, indem er erklärte, eine Einigung des Proletariats kann nur auf dem Boden des Kampfes erwachsen. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich u. a. Reimann, Krille, Bublitz und Sabath. Die Tagung stand auf hohem Niveau und ließ allseitig den Wunsch aufkommen, zur Klärung besonderer Streitfragen ähnliche Versammlungen abzuhalten, dem entsprochen werden soll.

An die Angestellten der Metallindustrie!

Der Afa-Bund ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Aus vielen Betrieben erhalten wir Anfragen, warum die neuen Verhandlungen über die von uns geforderten Lohnerhöhungen noch nicht begonnen haben. Das nachstehend abgedruckte Schreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller läßt erkennen, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände bis jetzt noch keine Forderungen eingereicht haben, und dadurch den Beginn der Verhandlungen verzögerten.

Das Schreiben der V. B. M. J. lautet:

Wir bestätigen den am 9. September 1921 erfolgten Eingang Ihres Schreibens vom 8. September 1921, mit welchem Sie uns nach der am 26. August 1921 ausgesprochenen Kündigung der Tarifsätze die von Ihnen erhobenen Forderungen bekanntgeben. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, haben der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände die Tarifsätze ebenfalls zum 30. September 1921 gekündigt. Wir können natürlich etwaige Verhandlungen nur mit allen drei an unserem Tarifvertrag beteiligten Angestelltengewerkschaften führen. Da nun der G. d. A. und der G. k. A. uns ihre Forderungen bis jetzt nicht bekanntgegeben haben, Sie aber andererseits in Ihrem Schreiben vom 8. September 1921 uns um möglichste Beschleunigung gebeten haben, haben wir am heutigen Tage den G. d. A. und den G. k. A. aufgefordert, uns ihre Forderungen möglichst bald zu unterbreiten. Sowie uns diese Forderungen vorliegen, können wir Ihnen Nachricht geben, wann wir eine gemeinsame Besprechung herbeiführen möchten.

Stempel: Unterschrift.

Arbeiterinnen der Parfümindustrie

Die Firma W. Reichert, Pankow, Berliner Straße 16, hat in letzter Zeit jugendliche Arbeiterinnen als Lehrmädchen eingestellt, um dieselben als Arbeiterinnen für die Parfümindustrie auszubilden. Der Zweck dieses Vorgehens ist der, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen. Lehrmädchen, welche als gewerbliche Arbeiterinnen für die Parfümindustrie in Frage kommen, gibt es nicht. Der Tarifvertrag für die chemische Industrie einschl. Parfüm-Industrie ist für allgemein verbindlich erklärt und sind die tariflich festgesetzten Löhne zu zahlen. Wir bitten alle Arbeitereltern im eigensten Interesse, vorstehendes zu beachten.

Weitere Auskünfte betreffs der Parfümindustrie erteilt der Verband der Fabrikarbeiter, Engelufer 24-25, Aufgang C 1 Tr., geöffnet von 8—6 Uhr, Sonnabends von 8—1 Uhr.

Neuer Lohntarif für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel. Der bis zum 30. September geltende Lohntarif hat seine Gültigkeit verloren, und ist ab 1. September mit den Arbeitgebern der Einzelhandelsgemeinschaft ein neuer Lohntarif vereinbart worden. Die Freitag im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattgefundene Versammlung nahm zuerst den Bericht über die weiteren Verhandlungen betr. Abschluß eines Manteltarifvertrages entgegen und lehnte einstimmig das Angebot der Arbeitgeber, welches sich nur auf einige redaktionelle Aenderungen des Vertrages bezog, ab. Die Verbandsleitung wurde nochmals beauftragt, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, falls die Arbeitgeber ihren Standpunkt nicht aufgeben, soll dann die Mitgliedschaft erneut ihre Beschlüsse fassen. Pollmeier vom Transportarbeiter-Verband teilte mit: Trotzdem der Lohnvertrag durch Urabstimmung angenommen ist, ist die Mitgliedschaft und die Organisation noch keinesfalls gebunden, so lange nicht der Gesamtvertrag von seiten der Organisation unterzeichnet ist.

Stuck- und Gipsbaubranche! Eine Versammlung am 13. September beschäftigte sich mit dem Schiedsspruch vom 7. September betr. Erhöhung der Stundenlöhne. Diese nahm nach längerer Diskussion den Schiedsspruch an. Der Lohn erhöht sich nun um 85 Pf., für Hilfsarbeiter um 70 Pf. die Stunde, rückwirkend ab 1. September. Desgleichen hat eine Aufbesserung der Löhne für Lehrlinge stattgefunden, und beträgt der Wochenlohn im ersten Jahre 50 M., im zweiten 75 M., im dritten Jahre 110 M. Wo die Löhne ab 1. September nicht gezahlt werden, ist sofort der Organisation davon Mitteilung zu machen. Die Kollegen, welche vorher aus den Betrieben ausgeschieden sind, müssen spätestens bis Sonnabend, den 24. September, ihre Nachzahlung von ihrem früheren Arbeitgeber abgeholt haben, da spätere Reklamationen nicht berücksichtigt werden. Die Sektionsleitung.

Delegation zum Verbandstag der Bankbeamten. Die am 16. September stattgefundene Mitgliederversammlung der gewerblichen Angestellten, Ortsgruppe Berlin des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, hat die Kollegen Lüdtke, Deutsche Bank, Kretschmer, Commerz- und Privat-Bank, Keller, Dresdener Bank, und Richter, Berliner Handelsgesellschaft, als Delegierte zum Verbandstage des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten gewählt.

Parteiveranstaltungen

Geschäftsführender Ausschuß der Pressekommission. Dienstag, den 19. September, 6 Uhr wichtige Sitzung.

10. Distrikt (Gesundbrunnen). Die Stadt- und Bezirksverordneten-Kandidaten wollen ihre Unterschrift der Erklärung beim Genossen Kiefer, Bellermannstr. 94, abgeben.

Montag, 19. September

1. Verwaltungsbezirk Wedding. 7. Distrikt. Abends 7 Uhr bei Carus, Kolbergstraße 37, Distriktskonferenz. Die aufgestellten Stadt- und Bezirksverordneten müssen ebenfalls erscheinen.

14. Distrikt. 7½ Uhr Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Zietz in der Schulaula Schönhauser Allee 166a. Gäste und Genossinnen sind willkommen.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Rathaus, Sitzungszimmer 1, Fraktionssitzung mit Obleuten der kommunalen Kommission und des Elternbeirates. Um 8 Uhr allgemeine Funktionärversammlung im gleichen Zimmer. Vortrag des Genossen Stadtrat Karter über die Stadtgemeinde Berlin.

Dienstag, 20. September

5. Verwaltungsbezirk. Elternbeiräte. Abends 7½ Uhr Vollversammlung in der Schule Tilsiter Str. 4. Tagesordnung: „Die Lesebuchfrage". Sez. Lehrer, Stadt- und Bezirksverordnete werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. Jede Abteilung erhält eine Anzahl Propagandanummern der „Freiheit". Abzuholen bei Mitschus.

6. Distrikt. Sämtliche Bezirksführer Material abholen bei Krüger, Pallisadenstr. 18.

11. Distrikt. Die Bezirksführer holen die Werbenummern bei dem Genossen Werner (Freiheitspedition) im Laufe des Tages ab. Die Genossen treffen sich 7 Uhr abends in den Zahlabendlokalen zur Verbreitung der Werbenummer.

14. Distrikt. Alle Genossen und Genossinnen werden gebeten, abends ½7 Uhr sich in ihrem Zahlabendlokal zu einer wichtigen Parteipflicht einzufinden.

Mittwoch, 21. September

14. Distrikt, 2. Abteilung. 8 Uhr Funktionärkonferenz bei Hahn, Wörther Straße 15.

Friedenau. Abends 8 Uhr bei Klabe, Handjerystr. 60-61, Mitgliederversammlung. Vortrag über: Das Wohnungsproblem in Groß-Berlin.

Donnerstag, 22. September

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt, 6½ Uhr Abrechnung und Vorstandssitzung bei Dreise. Abteilungsleiter, Obleute aller Kommissionen und Kandidaten müssen erscheinen.

Vereinskalender

Schachlehrkurse für Jugendliche und Schüler finden in Neukölln Donnerstag, Schierkestr. 44, Sonnabend Steinmetzstr. 113 (Jugendheim), abends 7 Uhr, Kurse für Erwachsene Friedelstr. 37, Sonnabend abend 7½ Uhr. Teilnahme für jedermann unentgeltlich.

Montag, 19. September

Pestalozzifröbelhaus. An der Versammlung des Vereins proletarischer Kinderfreunde nehmen auch die Mitglieder des Pestalozzifröbelhauses teil und solche, die es werden wollen. Die Versammlung im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße, findet um 7 Uhr statt.

Mittwoch, 21. September

Deutscher Werkmeister-Verband, Fachgruppe „Graphische Berufe". Abends 8 Uhr im Restaurant Schultheiß, Brückenstr. 68, Fachgruppenversammlung. Tagesordnung: Gehaltsbewegung. Das Erscheinen aller Werkmeister, Faktoren und Abteilungsleiter der Graphischen Industrie dringend erwünscht. Die Branchenleitung.

Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten, Ortsgruppe Berlin. Abends 7 Uhr Bezirksversammlungen in folgenden Lokalen: 1., 2., 4., 5. Distrikt Reichenberger Str. 33 (Bergschloß-Ausschank). 2., 7. Distrikt und Lichtenberg Voghagener Str. 41 bei Schmidt. 8. Distrikt Rigaer Str. 93 bei Rothkroff. 9., 12., 13. Distrikt Jagowstr. 58, Gemeindeschule, Genefelderstr. 5-6. Charlottenburg, 14., 15. Distrikt Zeugnerstr. Nr. 14 bei Radem. 16., 17., 18. Distrikt und nördliche Vororte bei Sachse, Liebenwalder Str. 26 (am Bahnhof Wedding). Neukölln, Mainzer Str. 21, Ecke Münchener Straße bei Steinkopf. Schöneberg und Nachbarorte Stubenrauchstr. 5a. Pankow. Niederschönweide-Baumschulenweg Gemeindeschule Berliner Straße.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebichütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudnek, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr: Die lange Jule

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Lokalbahn

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Ein Maskenball
Schauspielhaus
7½ Uhr: Peer Gynt
(Außer Abonnement)

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
Zum 1. Male:
7 Uhr: Herodes und Mariamne
Kammerspiele
7½ Uhr: Die Jungfern vom Bischofsberg
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: Die Weber
(21. Abt. 6. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
7.30 Uhr: Die 7.30 Uhr
Fahrt ins Blaue
(Gläßner, Richard, Engl, Vespermann, Stieda, Wildt)
Dienstag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
(Orska, Riemann, Wildt)
Mi.: Die Fahrt ins Blaue
Freitag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
Sbd.: Die Fahrt ins Blaue
Sonnt.: Die Fahrt ins Blaue
Montag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Im neuen Burlesken-Schwank
Jonnys Busenfreund

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Tanzrolle von Bernauer und Schanzer
Musik von
Jean Gilbert
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts
Pepi Jampa, Herbert Kiper

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Kleines Theater
½8 Uhr: Carola Toelle in
Frl. Josette — meine Frau

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Paul Wegener, Irene Triesch
in **Totentanz**

Trianon-Theater
8 Uhr: Ida Wüst in
Die große Leidenschaft

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

7½ **Casino-Theater** 7½
Exzellenz Maxe
Sonntag 3½ Uhr Nachmittags

Rose-Theater
8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Walhalla-Theater
7.30 Uhr:
Die schöne Helena

Behrenstraße 54.
8 Uhr:
11 Schlager

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 16077
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.
Blüthgen-Konzert
Elite-Sänger
Vorverk. 11—1½, v. 4—6

8 Uhr: **Apollotheater** 8 Uhr:
Friedrichstraße 218
Internationales Varieté-Programm
Auslands-Sensationen

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. kaufen wir zu Engrospreisen. Bester Absatz für Händler, Installateure und Fabriken.
Laden Gebr. Fuhrmann Nollendorfstr. 30 Laden
9—7 Uhr

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C / Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht!
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Georgenkirchstraße
Spedition Franzen
Wittstocker Straße 19
Spedition Reisewitz
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25
„Freiheit"-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Britz, Chausseestr. 82

Soeben erschienen!
Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande
Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der **Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages
Von **Rudolf Weck**
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark
Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich
Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e·G·m·b·H
Berlin C2 — Abt. Buchhandlung — Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages — **Kleine Anzeigen** — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Kinokatfüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Skunkse! Iltisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versandware! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Rathaus! Bernauer Str. 7.

Ostbau. **Ostbau.** Herrenanzüge nach Maß von 700.— an. Blaue Anzüge 900.— an. Große Auswahl in Ulstern, Paletots und Ulsters. Köhn & Schmidt, Ostbau, Friedrichstraße 77 a. I.

Möbel

Chaiselongues 160.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstell. Weicke, Augustst. 22a, Dzgb.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Kaufgesuche

Velourteppiche, andere Diwandecken, Ankauf, Schulmann, Winterfeldtstr. 32, Kurfürst 4670.

Schellack und Leim kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Feldstecher, Operngläser, Photoapparate kauft DWZ Oranienstraße 138.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, beteiligen, Patentverwertung, Richter, Invalidenstraße 148, II.

Geld sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsachen usw. (Rückkaufsrecht). Schulz, Danziger Str. 69, hochparterre (an der Prenzlauer Allee).

Verschiedenes

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage, 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kreibich-Löwenstein, „Der Elternbeirat". (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gebunden. 352 Seiten stark, nur 2.— Mark. Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.